Nummer 14 · 35. Jahrgang

Nürnberg, 30. März 1921

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erscheint Mittwochs. — Redaktionsschluß: Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 4.— Mark durch die Post. Direkter Versand per Kreuzband 5.— Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Trefflich, Nürnberg. — Telephon 408. Versandstelle und Redaktion: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46. Zahlungen: Postscheckkonto 23989, Expedition „Schuhmacher-Fachblatt" Nürnberg.

Anzeigenpreis 1.— Mark die einspaltige Petitzeile. (Nichtberufliches ausgeschlossen). Stellenvermittlungsanzeigen: Für Mitglieder 50 Pfennig.

Inhaltsverzeichnis: Die Weltkrise des Kapitalismus. — Die Not des Proletariats. — Der internationale Gewerkschaftsbund gegen die „Sanktionen". — Neueste Vorgänge. — Entstehung, Verlauf und Abschluß der großen Bewegung der italienischen Metallarbeiter. — Tarif- und Schlichtungswesen. — Aus unserem Berufe. — Drohende Verschärfung der Arbeitslosigkeit in Tuttlingen? — Reaktionärer Wind in Pirmasens. — Aus den Zahlstellen und Bezirken. — Verbandsnachrichten. — Literarisches.

Die Weltkrise des Kapitalismus.

Gegen die Anarchie in der Produktion. Für die Sozialisierung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund versendet folgenden Aufruf:

Die gewerkschaftliche Internationale kann sich gegenüber der in allen Ländern zutage tretenden enormen industriellen Krise nicht gleichgültig verhalten.

Alle an die angeschlossenen Organisationen einlangenden Nachrichten, sowie die Meldungen in der Presse zeigen, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt. In allen Zweigen der Produktion gehen die Unternehmer zur Schließung von Fabriken und Werkstätten über oder lassen kürzere Zeit arbeiten. Von überall kommen Nachrichten, daß man die Arbeiter zu zwingen versucht, sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen. Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale hat hierzu Stellung genommen: es kann die Argumente der Unternehmer, die eine Einschränkung der Produktion für nötig erklärten, nicht gelten lassen. Es stellt fest, daß vor wenigen Monaten noch die Unternehmer erklärten, daß die Produktion vermehrt werden müsse, und sich gerade auf diesen Standpunkt beriefen, um damit Arbeiterforderungen zu bekämpfen.

Es ist unmöglich, zu behaupten, es wäre zu viel produziert, während infolge des Krieges die entsetzlichste Verarmung in der Welt herrscht, die meisten Länder vom Elend heimgesucht und die Ruinen noch nicht aufgebaut sind.

Man kann nicht sagen, die Lebensmittelproduktion weise ein Uebermaß auf, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Es ist unerhört, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Deutschland Spinnereien stillstehen, während Millionen Frauen und Kinder ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden konnten, daß große Vorräte von Wolle unbenützt liegen bleiben, die Fabriken unter Rohstoffmangel leiden, während es in den meisten Haushalten mehr als je an Wäsche fehlt.

Ein derartiger, durch den Egoismus der kapitalistischen Unternehmer hervorgerufene Zustand, die ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl nur ihre persönlichen Interessen im Auge haben, bedeutet an sich eine Verurteilung des Systems, das derartige Mißbräuche möglich macht.

Die Anmaßung der Unternehmer, diese Krise auszunützen, um die Löhne herabzusetzen, ist eine unverhüllte Drohung gegenüber den Arbeitern. Sie kann nur dazu führen, das Elend zu vermehren und die Krise zu verschärfen. Denn wenn die Unternehmer sich über den mangelnden Absatz ihrer Vorräte beklagen, so vergessen sie dabei, daß es die gegenwärtigen Existenzbedingungen sind, die die Arbeiter zwingen, ihre Einkäufe zu beschränken. —

Die Arbeiterorganisationen müssen dieses Vorgehen mit allen Kräften bekämpfen und in den immer mehr anschwellenden Massen der Arbeitslosen den Kampfgeist und den Kampfwillen im Sinne der auf dem Londoner Gewerkschaftskongreß formulierten Forderungen entwickeln.

Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet; eine Abhilfe kann nur eine internationale Aktion bringen. Es kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Anlaß mehr sein, wenn die Regierungen den durch die Valutadifferenzen verursachten Problemen eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen instand setzen würde, die für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Individuen wie der Industrie nötigen Anschaffungen vorzunehmen, während sie den günstiger gestellten Nationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzusetzen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale macht die Arbeiterorganisationen aller Länder nochmals darauf aufmerksam, daß das Anwachsen des nationalen Reichtums die Verelendung der Arbeiter zur Folge haben kann, und fordert sie daher auf, die Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus, dessen Wirkungen sich gegen die Arbeiter kehren, zu bekämpfen.

Das Bureau ersucht die angeschlossenen Zentralen dringendst, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu fordern. Es ist unzulässig, daß z. B. in gewissen Ländern Kohlenmangel herrscht, während in England, im Saargebiet und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schächten stauen.

Das Bureau ruft die Zentralen auf, die systematische Propaganda für die Sozialisierung der Produktionsmittel im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und noch zu verstärken. Wenn die Produktion nicht mehr dem Nutzen einzelner dienen, sondern ausschließlich zugunsten der Gesamtheit funktionieren wird, wird von einer Verminderung der Produktion oder einer erzwungenen Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein können.

Das Bureau fordert das organisierte Proletariat der verschiedenen Länder auf, die Manöver, die unter der Androhung der Schließung der Fabriken und unter Ausnützung des Elends auf eine Herabsetzung der Löhne abzielen, mit einer energischen Propaganda zu beantworten und dieser die größtmöglichste Ausdehnung zu sichern.

Es ist weiter Pflicht des Bureaus, die Landeszentralen auf die Notwendigkeit zu verweisen, mit allen Mitteln eine Krise zu bekämpfen, die der Weltreaktion alle Waffen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen an die Hand gibt.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

L. Jouhaux, 1. Vizevorsitzender,

C. Mertens, 2. Vizevorsitzender.

Edo Fimmen, Sekretär. J. Oudegeest, Sekretär.

Die Not des Proletariats.

Von Paul Lange

In den Richtungskämpfen, unter denen sich das Proletariat aufreibt, geht zu leicht der Blick verloren für die der Arbeiterklasse unmittelbar bevorstehenden Kämpfe. Trotz jahrelangem Diskutieren hat sich das Proletariat in diesem Punkte leider noch nicht zur geistigen Klarheit durchgerungen. Diese Frage behandelt Paul Lange in einem Artikel, von dem gewiß vieles sehr beherzigenswert ist. Paul Lange, bis vor wenigen Monaten ein hervorragendes Mitglied der Kommunistischen Partei, hat bekanntlich wegen der von Rußland aus in der Gewerkschaftsfrage vorgeschriebenen Stellungnahme sich von der KPD. zurückgezogen. Er ist, an leitender Stelle stehend, einer der Wenigen gewesen, die im Verlauf des Krieges die von den Gewerkschaften eingeschlagene Politik aufs schärfste bekämpften. Auch heute gehört er zu denen, die den Gewerkschaften insbesondere revolutionäre Aufgaben zuweisen.

I.

Zu der großen wirtschaftlichen Not, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet, kommt für die klassenbewußten Proletarier noch das schreckliche geistige Elend. Zu den klassenbewußten Proletariern zähle ich diejenigen, die theoretisch die Notwendigkeit anerkennen, den Kapitalismus zu beseitigen. Die Politik des 4. August 1914, d. h. die Tatsache, daß das klassenbewußte Proletariat für die Dauer des Krieges auf eigene, seinen Interessen entsprechende Politik verzichtete und sein Schicksal der offiziellen Politik des kaiserlichen Deutschland anvertraute, hat sich furchtbar gerächt.

Diejenigen, die sich bis [illegible] Minute willig von der Politik Ludendorffs, Helfferichs und [illegible] tragen ließen, waren natürlich nach dem 9. November 1918 weder geistig, noch sonst imstande, plötzlich eigene proletarische Politik zu treiben. Dieser Verzicht auf eine proletarische Politik ist die Wurzel des heutigen Uebels; er stürzte das Proletariat wirtschaftlich in den Abgrund. Die Erkenntnis, daß diese Burgfriedenspolitik während des Krieges und nachher falsch war, ist für weite Schichten der Arbeiter eine Ursache ihres jetzigen geistigen Elends.

Wer ist schuld an der Politik des 4. August 1914? Manche Leute machen sich die Antwort auf diese Frage sehr bequem und reden über die Schuld der — Führer. Nichts wäre falscher, als diese Schuld solcher Arbeiterführer zu leugnen; in der Tat sind deren Fehler schwerwiegender und daher auch härter zu beurteilen, als die des einfachen Arbeiters, der in der Werkstatt oder in der Fabrik frondet. Und doch verbirgt sich hinter diesem Fluche auf die Führer bei vielen ein allerdings nicht eingestandenes Bewußtsein der eigenen Schuld. Denn waren nicht — um nur Tote zu nennen — Haase, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Mehring usw. auch Führer? Und ferner: Haben nicht bei Kriegsausbruch Tausende Proletarier gegen jene Verleugnung der proletarischen Interessen durch die eigenen Klassengenossen protestiert, die in der von großen Arbeitermassen zunächst gebilligten Kriegspolitik lag? So sicher sich jetzt viele Arbeiter mit Recht über manche Führer beklagen, so sicher ist es doch, daß andere Führer von den Massen verlassen worden waren, nämlich die, die dem Volke damals sagten, es müsse seine eigene Politik machen.

Als im November 1918 infolge des militärischen Zusammenbruches den kaiserlichen Machthabern die Gewalt aus den Händen glitt, schien es, als ob es den Massen wie Schuppen von den Augen gefallen sei, als ob die Binden ebend geworden wären. Es schien indes nur so. Sie sahen in ihrer Mehrheit müde oder verständnislos zu, wie sich die wirtschaftliche und politische Macht wieder in den Händen des Großkapitals zusammenballte; sie verstanden zum Teil überhaupt nicht, was vorging. Das Wahlergebnis zur Nationalversammlung im Jahre 1919 zeigt auf das klarste, daß das Proletariat zwar des vierjährigen Abschlachtens und Hungerns überdrüssig, aber in seiner Mehrheit politisch nicht klüger war, als am 4. August 1914.

Bis zum August 1914 ging die damals organisatorisch einige Sozialdemokratie davon aus, das Proletariat müsse aufgeklärt (ein jetzt vielfach unbeliebtes Wort) und straff organisiert werden. Die Kriegspolitik und namentlich die Niederwerfung des Proletariats vom November 1918 bis März 1919 hatten zur Folge, daß weiten Arbeiterkreisen alles für verwerflich erschien, was von einem „Führer" ausging. Mitunter war die Sache geradezu lustig. Wer heute mitten unter den Massen saß, war der „revolutionäre Arbeiter", der aber sofort zum „verräterischen Bonzen" wurde, sobald er auch nur ein bescheidenes besoldetes oder unbesoldetes Aemtchen übernahm, zu dem er sich vielleicht gar nicht gedrängt, das man ihm vielmehr erst aufgenötigt hatte.

Es ging noch weiter; mancher redete den Arbeitern ein, sie seien beinahe samt und sonders die vortrefflichsten Politiker, und ihr Unglück wäre überhaupt nur auf den „Verrat der Führer" zurückzuführen. Die Gedankenlosen, denen das schmeichelt, glauben es. Der denkende Arbeiter glaubt es nicht, denn er beobachtet in seiner Fabrik oder in seiner Werkstatt, wieviel Schwachheit und Gleichgültigkeit noch unter seinen Klassengenossen vorhanden ist. Er weiß auch, daß mancher, der am lautesten schreit, nicht über das Elend seiner Klasse, sondern nur über das seiner Person schreit und sofort still ist, wenn er für seine Person befriedigt ist, gleichviel, wie es seinen bisherigen Leidensgefährten geht. Wer aber wirklich an die Unfehlbarkeit der Massen glaubt, der möge einmal zeigen, warum diese Unfehlbaren bisher gerade den „verräterischen" und nicht den „richtigen" Führern nachgelaufen sind.

II.

Man sagt, um das zu erklären, die kapitalistische Gesellschaft verstehe es, durch ihre Machtmittel wirtschaftlicher und geistiger Art (Presse, Schule usw.) das Proletariat im Banne der kapitalistischen Gedankenwelt zu erhalten. Wenn diese Erklärung für alle Zeiten richtig ist, dann würde auch die Politik der Arbeitermassen ewig falsch bleiben. Die Kraft und die Stärke des Proletariats muß aber gerade darin liegen, den Bann zu zerreißen, sich geistig frei zu machen.

Dazu wird es freilich nicht kommen, wenn man den Massen weiter nichts bietet als den ewigen Hinweis auf den von den Führern begangenen „Verrat". Man muß ihnen auch sagen, daß die verfehlte Politik vom 4. August 1914 und nach dem 9. November 1918 ohne die Massen nicht möglich gewesen wäre, die Massen also selbst an ihrem Elend schuld sind. Das bekannte Wort lautet nicht, die Befreiung der Arbeiterklasse werde das Werk einzelner Arbeiter**führer** sein. Sondern es heißt, die Befreiung der Arbeiterklasse wird das Werk der Arbeiter selbst sein. Von diesem Gesichtspunkte aus muß das Bewußtsein der Arbeiter gestärkt werden; das sind sie sich und ihren Klassengenossen schuldig.

Es ist geradezu erschreckend, wie wenig mancher Proletarier sich zurzeit als ein verantwortliches Glied der ganzen kämpfenden Arbeiterklasse fühlt. Nicht auf das Ganze, nicht auf das Ziel sind seine Augen gerichtet, sondern er beobachtet den anderen und verliert dadurch selbst den Weg zum Ziele. Die Kritik gegen den anderen wird ihm Selbstzweck.

Das empfindet man sehr wohl in der Arbeiterschaft und das erzeugt gerade bei denjenigen eine Hoffnungslosigkeit und Mutlosigkeit, die von der Notwendigkeit proletarischer Solidarität überzeugt sind. Ob jemand wirklich ein klassenbewußter Proletarier ist und sein politisches Handeln nach seiner theoretischen Ueberzeugung einrichtet, kann man zwar nicht unbedingt an der Länge jener Zeit messen, seit der jemand politisch organisiert ist. Umgekehrt wäre es aber erst recht falsch, zu sagen, es sei jemand politisch um so klüger, je später er in die proletarische Bewegung eingetreten ist. Die Neulinge, d. h. die bisher Indifferenten, die sich erst nach dem November 1918 um die Politik zu kümmern begannen, dürfen freilich damit renommieren, für die Zeit vorher keiner aktiven politischen Sünde überführt werden zu können. Sie vermögen unbefangen über die Parteisünden anderer zu urteilen. Ob sie sich aber selbst bewähren, muß erst die Zukunft lehren. Es beweist gar nichts, wenn jemand im Jahre 1921 gegen die Kriegskreditbewilligung von 1914 losdonnert!

Die Politik ist eine Wissenschaft, bei der es darauf ankommt, nicht nur begangene Fehler erkannt zu haben, sondern auch den kommenden Situationen gerecht zu werden. Da genügt es nicht, einige halbverdaute Schlagworte auswendig gelernt zu haben. Wie schwer die Einstellung auf neue Situationen, selbst für angeblich „richtige" Führer ist, zeigen z. B. die national-bolschewistischen Ausschreitungen der Münchener Graf und Thomas.

III.

Weil das in der Partei und in den Gewerkschaften vereinigte Proletariat 1914 und 1918 geistig seiner Zeit nicht gewachsen war, richten viele ihre Angriffe gegen diese Organisationsformen, statt die Arbeiterköpfe aufzuhellen. Es machten sich Scharlatane daran, den Proletariern einzureden, ihr Unglück sei die organisatorische Konzentration und Zentralisation. Um die Arbeiter von den „Bonzen freizumachen", gründete man kleine und kleinste Vereinchen, Betriebsorganisationen, Arbeiterunionen usw., als politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisationen. So wurde die organisatorische Zersplitterung gefördert; man stritt um Organisationsformen und hatte dann für die geistige Einstellung erst recht keine Zeit.

In dieses Gebiet gehört auch der geforderte Umbau der Gewerkschaften von Berufs- zu Industrieverbänden. Wie hier ein an sich gesunder Gedanke totgeschlagen wurde, bis nur ein leeres Schlagwort übrigblieb, ist auch ein Zeichen für den augenblicklichen geistigen Tiefstand der Arbeiterbewegung. Dieser Gedanke, der im Laufe der gewerkschaftlichen Entwicklung zu fördern gewesen wäre, besagte ursprünglich, die Gewerkschaften der gelernten und ungelernten Arbeiter, den einzelnen Industrien entsprechend, zusammenzulegen. Darüber ward so viel geschwätzt, bis man schließlich den Industrieverband so verstand, die organisatorische Entwicklung um 30 Jahre zurückzuschrauben und neue kleine Fachvereinchen zu gründen und diese nachher mit dem hochtrabenden Etikett „Industrieverband" zu zieren.

Andere, die ebenfalls nicht gewohnt sind, mit dem Geistesleben der Menschen zu rechnen, verlangten, daß sich die bestehenden freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände auflösen und die Agitation unter ihren Berufsgenossen den Arbeitergewerkschaften überlassen sollten. Das würde in Wirklichkeit bedeuten, die bürgerlichen, nationalen Angestelltenverbände von ihrer freigewerkschaftlichen Konkurrenz zu befreien. Schließlich setzte in den freien Gewerkschaften die Fraktionsbildung ein. Es fanden sich nicht geistige Kräfte zur Förderung der Gewerkschaftsbestrebungen zusammen, sondern die Gewerkschaftsmitglieder trennten sich nach ihrer mehr oder weniger gefestigten politischen Gesinnung und trieben innerhalb der Organisation eine Zeit und Kraft verschlingende schädliche Vereinsmeierei.

So wurde das Interesse des gewerkschaftlich organisierten Proletariats mehr und mehr von seinen Aufgaben abgelenkt. So war es z. B. möglich, daß die kürzlich erfolgte Verordnung über die befristete Aufhebung der Erwerbslosenfürsorge, des gesetzlichen Achtstundentages usw. (bevor die in Aussicht gestellten neuen diesbezüglichen Gesetze fertig sind) von den Arbeitermassen kaum bemerkt worden ist.

Diejenigen, die auf diese Weise einen nach ihrer Ansicht in den Gewerkschaften fehlenden Entwicklungsprozeß durch das organisatorische, mechanische Mittel der Fraktionsbildung zu ersetzen bestrebt waren, entpuppten sich dabei mitunter als solche Leute, die in der Gewerkschaftsbewegung so unbewandert waren, daß sie die christlichen Gewerkschaften mit den freien verwechselten und mehrfach den letzteren in die Schuhe schoben, was die ersteren getan hatten. Sie glaubten auch irrtümlich, das Internationale Arbeits-

amt sei eine Einrichtung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, während es in Wirklichkeit eine solche des Völkerbundes ist. Die „Gewerkschaftsbonzen" hielten derartige tolle Irrtümer für unmöglich: sie meinten, bei diesen falschen Behauptungen sei die „List" und die „Verschweigung der Wahrheit" angewendet worden.

Werden die „List" und „Verschweigung der Wahrheit" als Richtschnur für den täglichen politischen und gewerkschaftlichen Verkehr mit den Klassengenossen angewendet oder auch nur empfohlen, so wird das die Grundlage jeglicher Solidarität zerstören. Dann gibt es überhaupt keinen gemeinschaftlichen Kampf gegen das Unternehmertum mehr. Das Proletariat sieht — wenn es rückschauend das letzte Jahr betrachtet — wie das Unternehmertum erstarkt ist. Es sieht aber hoffentlich auch ein, daß seine fehlende geistige Reife nicht durch eine organisatorische Zersplitterung wettgemacht werden kann. Es wird zwar von vielen nicht ausgesprochen, aber es ist so: die Massen wollen heraus aus diesem Elend; es lebt in ihnen der Wunsch nach gemeinsamem Handeln und nach einer **proletarischen Einheitsfront**. Eine Einheitsfront nicht im rechtssozialistischen arbeitsgemeinschaftlichen Wiederaufbausinn, auch nicht im nationalbolschewistischen Kampfe gegen die Entente. Die notwendige Einheitsfront kann nicht durch künstliche Mittel herbeigeführt werden, weder durch eine Parteizusammenleimung noch durch eine Parteispaltung. **Geistige Klarheit** im Vorwärtsschauen auf den Kampfboden und die Kampfbedingungen, unter denen sich voraussichtlich die kommenden Kämpfe abspielen werden, muß jenes solidarische Zusammenwirken erzeugen, das allein zum Erfolge führen kann.

Auch die internationale Einheitsfront muß hergestellt werden: nicht eine solche, die theoretisch besteht und an dem Tage mit sofortiger Wirkung gekündigt wird, an dem sie praktisch werden soll, wie am 4. August 1914. Internationale Solidarität bedeutet jedoch nicht internationale Unterwerfung der Proletarier aller Länder unter den Willen einiger Führer in irgendeinem Lande. Wer den „Bonzen", d. h. den Pfaffen, nicht will, der soll sich auch von „Buddha", dem Götzen, freimachen. **Praktische Solidarität bedeutet gleichberechtigtes Handeln im gegenseitigen Interesse.**

Notwendig ist aber zunächst die geistige Sammlung des Proletariats. Es gilt die Erkenntnis zu erwecken, daß der einzelne sein eigenes Tun und Lassen, die Wirkung seines eigenen Tuns daraufhin zu prüfen hat, ob es den Allgemeininteressen seiner Klasse dient. An die Stelle der fast ausschließlich das Feld beherrschenden rückschauenden Kritik muß das vorwärtsstrebende Schaffen treten: Des Geistes Licht und des Wissens Macht sind unentbehrlich; sie können durch keinerlei organisatorische Tricks oder mechanische Kniffe ersetzt werden.

Das Idealbild des klassenbewußten Arbeiters, das Franz Mehring gelegentlich in seinen Schriften entwarf, war nicht das verzweifelnde Lumpenproletariat, auch nicht der großmäulige Schwätzer. Der Lumpenproletarier, der zu Verzweiflungstaten greift, kennt kein wahres Solidaritätsgefühl seinen Klassengenossen gegenüber; er ist in jeder Beziehung unzuverlässig. Der Träger der proletarischen Bewegung kann nur der denkende, lernende und opferbereite, von tiefem Solidaritätsgefühl mit seiner Klasse verbundene Arbeiter sein.

Der internationale Gewerkschaftsbund gegen die „Sanktionen".

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner Sitzung am 14. und 15. März folgende Entschließung an:

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß der Abbruch der Verhandlungen in London eine sehr kritische Situation geschaffen hat.

Ueberzeugt von der Berechtigung der Wiedergutmachungen, sowie von der Tatsache, daß der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Wiederherstellung des wahren Friedens darstellt, erklärt er,

daß diese Resultate nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden können.

Daher kann der Internationale Gewerkschaftsbund es nicht zugeben, daß Zwangsmaßregeln ergriffen werden, welche diese Probleme nicht zu lösen vermögen.

Anstatt die Sache der Wiedergutmachungen zu fördern, verlängert die Aufbietung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Militarismus, neue Kräfte zu sammeln, den Haß unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln.

Die Anwendung einer solchen Politik kann nur dazu führen, die Gefahren zu vervielfältigen, die abzuwenden Pflicht der Arbeiter aller Länder ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß das Scheitern der Unterhandlungen in London das Werk der kapitalistischen Diplomatie ist, die, nachdem sie den Krieg provoziert hat, nicht imstande ist, den Frieden zu sichern, und erklärt, daß, im Gegensatz zu dieser Haltung, auf der Grundlage der Prinzipien, die auf dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongreß festgelegt wurden, zwischen den verschiedenen Ländern Uebereinkommen abgeschlossen werden können, damit die verwüsteten Gebiete in möglichst kurzer Zeit neu aufgebaut und die materiellen und moralischen Spuren des Krieges endlich ausgelöscht werden.

Er nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaftsorganisationen ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten.

Er bestätigt, daß das Genfer Uebereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden dieser Aktion als Grundlage zu dienen hat.

Um die Durchführungsmodalitäten dieses Uebereinkommens festzusetzen, wird eine spezielle Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den betreffenden Ländern für den 31. März d. J. nach Amsterdam einberufen werden.

In dem Bestreben, den völligen Frieden schnellstens wieder herzustellen, und angesichts der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien, schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine **unparteiische Enquete** abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedsspruch — eine Uebereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die wiedergutzumachenden Schäden als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates betrifft. Bis zur der endgültigen Regelung soll eine von letztgenanntem Lande aufzunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues unverzüglich in Angriff genommen werden können.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß der Weltfriede nicht von einer militärischen Besetzungspolitik abhängig gemacht werden darf. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Verwirklichung einer Politik der Wiedergutmachungen ermöglichen und eine Bürgschaft bieten kann für den Frieden durch die Arbeit.

Neueste Vorgänge.

Bei der **Abstimmung in Oberschlesien** hat sich eine namhafte Mehrheit für das Verbleiben von Oberschlesien bei Deutschland erklärt. Nach den Feststellungen der Interalliierten Abstimmungskommission wurden 716 406 Stimmen für Deutschland und 471 406 für Polen abgegeben. Nur in den Kreisen Tarnowitz, Pleß und Rybnik überwogen die polnischen Stimmen.

Generalstreik im Halleschen Industriegebiet. Der Oberpräsident hatte vor einigen Tagen die Entsendung starker Polizeikräfte in das Industriegebiet des Kreises Merseburg angekündigt, um den unhaltbaren Zuständen im Industriegebiet ein Ende zu machen, das seit über zwei Jahren der Herd dauernder Unruhen und Verbrechen gegen die Allgemeinheit ist. Sonnabends nachts begann die polizeiliche Besetzung des Industriereviers. Daraufhin stellte die Mansfelder Arbeiterschaft den Truppen ein Ultimatum, das Sonntag nachmittags 4 Uhr ablief. Da man es nicht beantwortete, begann der Generalstreik, der sich nach den eingelaufenen Meldungen immer mehr ausdehnt. Die Streikleitung (VKPD. und Gewerkschaftskartell) erließ einen Aufruf, worin die Besetzung durch die Schutzpolizei als der Anfang einer weißen Kampagne bezeichnet und die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufgefordert wird, bis die Schutzpolizei völlig aus dem Gebiete vertrieben ist. — Das Stuttgarter Beispiel wiederholt sich. Arbeiten unter Polizeiaufsicht. Beabsichtigte Spaltung im eigenen Lager der Arbeiter. Es ist wieder bezeichnend, daß ein früherer Arbeiter, Oberpräsident Hörsing, dies geschehen läßt. Wann endlich wird die Arbeiterschaft so weit sein, daß sie einsieht, daß es gilt, nur einen Feind und diesen gemeinsam zu bekämpfen. Im öffentlichen Interesse muß man schon fragen: Wie ist diese neuerliche gewaltsame Störung der Produktion mit dem Allgemeininteresse zu vereinbaren? Die bürgerliche Presse weiß Schauergeschichten zu erzählen von Diebstählen, die in den Betrieben vorgekommen sein sollen. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen verbrecherische Elemente soll der Einheit der Arbeiterschaft ein Schlag versetzt werden. Man unterlasse es doch gefälligst, von Verbrechen zu reden im Zusammenhang mit der Arbeiterschaft in einer Zeit, in der die Gaunerei, das Wucherer- und Schiebertum im Großen so wundersame Blüten treibt. (Inzwischen sind, wie die Tagespresse meldet, die Arbeiter der Bezirke Eisleben und Mansfeld, die sich einer Parole der Kommunistischen Partei folgend, bewaffnet hatten, überwältigt worden.)

Das **Entwaffnungsgesetz** ist im 28. Ausschuß des Reichstages mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen worden. Auch der Reichstag hat dem Gesetz zugestimmt.

Der Reichstag hat das **neue Einkommensteuergesetz** in der Ausschußfassung, nach der u. a. die Steuer für die ersten 24 000 Mark 10 Prozent beträgt, angenommen.

Die **Regierung von Holland** hat beschlossen, beim Völkerbund Verwahrung gegen die wirtschaftlichen **Zwangsmaßnahmen** gegenüber **Deutschland** einzulegen mit Bezugnahme darauf, daß diese Maßnahmen auf den Handel die nachteiligste Wirkung ausüben.

Die Delegierten der englischen **Trade-Unions** richteten an die Regierung eine Entschließung, worin sie die Feststellung der **Zahlungsunfähigkeit Deutschlands** durch einen unparteiischen Gerichtshof oder durch den Völkerbund verlangen.

In einem **Protest der deutschen Regierung** an den Völkerbund wird die Zurücknahme der Zwangsmaßnahmen gefordert sowie Verweisung der Entente auf den Verhandlungsweg.

Der Reichsrat befaßte sich mit der Verordnung zugunsten der **Beschäftigung schwerkriegsbeschädigter Kriegsteilnehmer**, deren Geltungsdauer am 1. April abläuft und beschloß, sie bis zum 1. April 1922 zu verlängern.

Bei den **Landtagswahlen in Mecklenburg** erzielten die bürgerlichen Parteien 36 Sitze, während Sozialdemokraten und Kommunisten es nur auf zusammen 31 Sitze brachten.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, wird der Entwurf eines **Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit** gewerblicher Arbeiter in Kürze dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. Diesem Gesetzentwurf soll alsbald ein weiterer folgen, der extra die Arbeitszeit der Angestellten regeln soll.

Die **Viehzählungsergebnisse für Preußen** vom 1. Dezember 1920 zeigen im Vergleich zum 1. Dezember 1919 eine erhebliche Zunahme der Viehbestände. Rindvieh ist von 8 715 000 auf 9 144 000, Schafe von 3 490 000 auf 4 007 000, Schweine von 7 564 000 auf 9 355 000, Federvieh von 31 198 000 auf 37 765 000 Stück hinaufgegangen. Nachdem am 1. Oktober 1920 die Freigabe im Viehhandel und Fleisch erfolgt ist, werden wir wohl bei den Zählungen etwas näher den tatsächlich vorhandenen Viehbeständen kommen. Bei den hohen Fleischpreisen dürfen wir damit rechnen, daß, besonders in der Schweinehaltung, sehr bald der Stand vor dem Kriege erreicht wird.

Kronstadt ist von den Sowjet-Truppen wieder eingenommen worden. Nach Pressemeldungen gelang es 10 000 Mann der Aufständischen, nach Finnland zu entkommen, wo sie interniert wurden.

Der **Friede zwischen Rußland und Polen** ist unterzeichnet worden.

In England ist der Finanzminister **Bonar Law** aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten, was großes Aufsehen erregte.

In England ist die Staatsaufsicht über die Kohlenbergwerke durch Gesetz aufgehoben worden.

Entstehung, Verlauf und Abschluß der großen Bewegung der italienischen Metallarbeiter.

1. Fortsetzung.

Trotz des Fehlens der Techniker nahmen die Arbeiten an vielen Orten — besonders in der Toskana, im Piemont usw. — ihren gewohnten Gang. Die Arbeiter beschlossen, da wo genügend Rohstoffe vorhanden waren, voll wie zu normalen Zeiten zu produzieren. Wo aber die Rohstoffe nicht ausreichten, ließen sich die Betriebe untereinander aus. Und da die Besetzung anhielt, schritt man auch zur Organisierung des Verkaufs der fertigen Produkte.

In den Fabriken wurden ferner Vorkehrungen getroffen, damit, während die Mehrzahl der Arbeiter schichtenweise arbeitete, ein anderer Teil die Fabriken bewachte, um etwaige Angriffe der Polizei abzuweisen.

Um die größte Disziplin durchzuführen, wurde von den Arbeiterausschüssen, die an Stelle der Fabrikleitungen getreten waren, die Verfügung erlassen, in den Fabriken keinen Alkohol zu genießen. Ebenso wurde eine besondere Kontrolle eingeführt, um zu verhindern, daß irgendetwas aus den Fabriken, ohne die Einwilligung der Leitung, abhanden kommen konnte. Im allgemeinen war die Besetzung — ohne Anwendung von Gewalt — das heißt ohne Einmischung der Polizei erfolgt, was zur Folge hatte, daß die Aktion fast überall ohne Blutvergießen durchgeführt werden konnte. An verschiedenen Orten waren auch die Arbeiter im Besitze von Waffen. In Genua erlagen bei der Erstürmung der Fabriken einige Arbeiter den Kugeln der königlichen Soldaten.

Um die Bewegung finanzieren zu können, ließ sich der Metallarbeiter-Verband beim genossenschaftlichen Kreditinstitut einen **Kredit von 25 Millionen Lire** zusichern, für dessen Bürgschaft der Verband der Genossenschaften der Metallarbeiter, der Verband selbst und der italienische Gewerkschaftsbund hafteten. Während der Besetzung wurden den Arbeitern Löhne in der Form von Darlehen unter der Bedingung ausbezahlt, daß die Beträge nach der Beilegung des Konflikts vom Guthaben für geleistete Arbeit in Abzug gebracht werden können.

In den Turiner Fabriken wurden während der Besetzung der Betriebe **Dokumente gefunden**, aus denen hervorging, daß die Unternehmerorganisation die wegen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit entlassenen Arbeiter boykottierte und überdies einen Spionagedienst gegen die Arbeiter organisiert hatte. Durch diese Entdeckung wurde die Frage der Kontrolle in den Fabriken neuerdings aufgerollt, was übrigens bereits von einem früheren Kongreß gefordert worden war.

Beratungen mit dem italienischen Gewerkschaftsbund und der sozialdemokratischen Partei. In Anbetracht des Ernstes der Lage und da die Haltung der Unternehmer nicht darauf schließen ließ, daß sie zu Unterhandlungen bereit wären, hatte der italienische Gewerkschaftsbund beschlossen, den leitenden Ausschuß sowie die Vertreter der Arbeitskammer und die Leitung der sozialistischen Partei zu einer gemeinsamen Sitzung einzuberufen. Die Konferenz fand am 4. und 5. September in Mailand statt. Die Forderungen der Metallarbeiter wurden dort als gerechtfertigt erklärt und beschlossen, auf den 10. September den Landesausschuß des Gewerkschaftsbundes und das Direktorium der sozialistischen Partei einzuberufen, um die politischen und gewerkschaftlichen Kräfte zu vereinigen und das Ziel des Entscheidungskampfes genauer zu bestimmen und die zu diesem Zweck notwendigen Mittel bereitzustellen.

Die Verbandsleitung und die Vertrauensmänner der Bewegung verhehlten sich aber nicht, daß die Lage schwierig war. Die Haltung der Regierung und der politischen Behörden schloß zwar die Gefahr aus, daß der Versuch gemacht werden könnte, den Arbeitern die besetzten Betriebe mit Gewalt zu entreißen. Eine Lösung des Konfliktes durch die Gewerkschaften schien immerhin schwierig. Indirekte Unterhandlungen hatten folgendes Ergebnis: Die Unternehmer erklärten sich bereit, weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen, verlangten aber, daß die Arbeiter vorerst die Fabriken zu verlassen haben. Der Metallarbeiter-Verband hatte jedoch ausdrücklich und entschlossen zu verstehen gegeben, daß die Fabriken erst nach erfolgter Unterzeichnung des neuen Abkommens geräumt würden.

Die gemeinschaftliche gewerkschaftliche und politische Konferenz. In dieser Beleuchtung erschien die Lage der gemeinsamen gewerkschaftlichen und politischen Konferenz, die am 10. und 11. September tagte. Der Vertreter der sozialistischen Parteileitung war der Ansicht, daß die Leitung der nunmehr politisch und revolutionär gewordenen Bewegung der Partei übertragen werden sollte. Die Partei hätte, zusammen mit dem Gewerkschaftsbund, eine revolutionäre Aktion auszulösen und das bürgerliche Regiment durch die kommunistische Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes erklärten dagegen, daß sie den Glauben an einen sicheren Erfolg bei einer revolutionären Aktion, wie dieselbe von Vertretern der Parteileitung in Aussicht genommen wurde, nicht vollständig teilen können und nicht geneigt seien, die Mitverantwortung dafür zu übernehmen. Der nationale Ausschuß des Gewerkschaftsbundes glaubte, daß ein Aufruf zur Revolution, um in Italien die proletarische Diktatur und den Kommunismus einzuführen, den Kampf aller bürgerlichen Elemente gegen das Proletariat nach sich ziehen würde. Das Proletariat müßte in einem solchen Kampfe wahrscheinlich unterliegen, auch wenn es zu allen Opfern bereit wäre. Und selbst wenn es siegte, würde das Ausland, das Italien mit Rohstoffen versieht, nicht untätig bleiben. Italien würde blockiert, was für die Arbeiter erst recht Hunger und Elend bedeuten würde. Daher beantragte der Ausschuß, die Bewegung der Metallarbeiter dazu zu benützen, die Gewerkschaftskontrolle über die Industrie zu verlangen und alle proletarischen Kräfte zur Unterstützung der Bewegung zu mobilisieren, wenn das Unternehmertum und die Regierung sich dieser Reform widersetzen sollten.

Zwischen den beiden sich strikte gegenüberstehenden Auffassungen kamen die Führer der Bewegung der Metallarbeiter dahin überein, folgenden Vermittlungsvorschlag zu machen: Im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsbund und der Partei Ausdehnung der Bewegung, um die sozialistische Republik zu verwirklichen und eine sozialistische Regierung einzusetzen. Das Programm soll die Durchführung aller jener politischen und wirtschaftlichen Reformen umfassen, die vom sozialistischen Proletariat am dringendsten verlangt werden und die bei den gegenwärtigen Zuständen des Landes verwirklicht werden können.

Zuletzt aber vereinigte nachstehende verkürzte Tagesordnung die Mehrheit:

„Die gemeinsame Konferenz beschließt, daß die Leitung der Bewegung vom Gewerkschaftsbund mit Beihilfe der sozialistischen Partei zu übernehmen sei. Das Ziel der Bewegung ist die Anerkennung des Prinzips der Gewerkschaftskontrolle über die Betriebe, womit der Weg zu weiteren Eroberungen beschritten wird, der zum Gemeinbetrieb und der Gesamtsozialisierung führen kann. Die Gewerkschaftskontrolle wird es der Arbeiterklasse ermöglichen, sich technisch vorzubereiten und durch die eigene Autorität das dem Untergang geweihte Unternehmertum zu ersetzen. Damit die Opfer derjenigen, die den harten Kampf führen, nicht etwa durch finanzielle Schwierigkeiten zunichte gemacht werden können, wird beschlossen, daß sich jede Organisation an der Unterstützung der Metallarbeiter zu beteiligen habe, wie dies bereits vom leitenden Ausschuß vorgesehen wurde. Die Vertreter der Metallarbeiter erklärten, daß sie sich der Stimmabgabe enthalten werden.

Nach Bekanntwerden des vorliegenden Beschlusses wurde die Frage der Kontrolle sofort zum Gegenstand wichtiger Diskussionen in allen Lagern. Die parlamentarische sozialistische Gruppe ernannte eine Kommission zur Einreichung eines Gesetzentwurfes über die Betriebskontrolle. Die Vertreter der Unternehmer nahmen in einer Besprechung mit Arbeitervertretern zur Betriebskontrolle eine ablehnende Stellung ein.

Auf Verlangen des Präfekten von Mailand übergab der neue leitende Ausschuß der Bewegung folgende nähere Formulierung des Postulates über die Betriebskontrolle: Der Gewerkschaftsbund hat die Frage der Produktion geprüft und konstatiert, daß, um eine Erhöhung der Produktion herbeizuführen, es unbedingt nötig ist, wieder das Gleichgewicht herzustellen zwischen dem Konsum und der Produktion, die infolge der Rückwirkungen des Krieges zurückgegangen ist. Um den Import zu vermindern und die Valuta wieder zu heben sowie um zu verhindern, daß den Industriellen unkontrollierbare und unrichtige Angaben ermöglicht werden und die Arbeiter mit ihren Forderungen im Ungewissen bleiben, ist es notwendig, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern umzugestalten. Die Arbeiter müssen durch ihre Gewerkschaften die Möglichkeit haben, die Wahrheit über die Situation der Industrie kennen zu lernen. Die Gewerkschaften haben bei der Anwendung von Verordnungen und Reglements mitzuwirken, die Anstellungen und Entlassungen des Personals zu kontrollieren und so den normalen Verlauf des Werkstattlebens durch die nötige Disziplin zu unterstützen.

Ferner erließ die neue Kommission ein Manifest an die Bevölkerung des Landes, das zu folgendem Schlusse kam: „Der Gewerkschaftsbund, der getreu die Forderungen derjenigen zum Ausdruck bringt, die ihre intellektuellen und physischen Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen, verlangt, daß das autokratische System der Industriebetriebe zertrümmert und durch das System der Gewerkschaftskontrolle ersetzt werde."

Fortsetzung folgt.

Tarif- und Schlichtungswesen.

Allgemeinverbindlichkeit der Tarifabmachungen vom 22. Januar 1921.

Das Reichsarbeitsministerium macht bekannt:

Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 8. März 1921 folgende Verfügung auf Blatt 1849 lfd. Nr. 6 des Tarifregisters eingetragen worden:

„Zwischen dem Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten E. V. in Frankfurt a. M., dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands und dem Gewerkverein der deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter (H.-D.) ist am 22. Januar 1921 ein Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Reichstarifvertrag vom 14. April 1920 abgeschlossen worden, dem der Deutsche Hausschuhfabrikantenverband E. V., Sitz Berlin, noch beigetreten ist. Dieser Nachtrag wird zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schuhindustrie (einschließlich Hausschuhindustrie) für das Gebiet des Deutschen Reiches gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit der am 1. Februar 1921 laufenden Lohnwoche.

Der Reichsarbeitsminister.
J. A.: (gez.) Goldschmidt."

Somit ist der Nachtrag zum Reichslohntarif, d. h. die 20prozentige Lohnzulage auf den Verdienst für die Arbeiter über 18 Jahre und 15prozentige Lohnzulage für die Arbeiter unter 18 Jahren für die gesamte Schuhindustrie allgemein gültig und rechtswirksam geworden.

Aus unserem Berufe.

Tilsit. Die hiesigen Kollegen befinden sich im Ausstand. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Von der Pirmasenser Schuhindustrie. Hier hat aus Anlaß der angekündigten neuen Zollgrenze eine Hochflut des Schuhversands eingesetzt. Während weniger Tage wurden auf den Pirmasenser Postämtern pro Tag 6000 bis 7000 Postpakete nach rechtsrheinischen Bestimmungsorten aufgegeben. Auch der Warenversand mit der Eisenbahn, mit Lastautos usw. ist bedeutend gestiegen.

Gerichtlicher Vergleich zwischen der D.L.A.G. und den Einzahlern zum Sicherungsfonds. Die Deutsche Leder-A.-G. hat bekanntlich von der Kriegsleder-A.-G., aus der sie hervorgegangen ist, einen sogenannten Sicherungsfonds übernommen. Dieser Sicherungsfonds war von den Gerbern in der Zeit vom November 1914 bis 30. April 1915 durch einen Aufschlag auf die Preise der Häute, die die Kriegsleder-A.-G. lieferte, gebildet worden. Satzungsgemäß sollte der Fonds dazu dienen, die Unkosten der Kriegsleder-A.-G. zu decken und etwaige Verluste auszugleichen. Im übrigen aber blieben die Gerber, jeder zu seinem Teil, Eigentümer des Sicherungsfonds. Da der Kriegsleder-A.-G., insbesondere vom 1. Mai 1915 ab, andere, gleichfalls von den Gerbern eingezahlte Fonds zur Deckung der Unkosten zur Verfügung standen und bilanzmäßig Verluste nicht entstanden sind (das Vermögensplus der Deutschen Leder-A.-G. beziffert sich, wie man sagt, auf 180 Millionen Mark), konnte der Sicherungsfonds nicht verbraucht werden, und er ist in voller Höhe (einschließlich der Zinsen 19 Millionen Mark) noch heute vorhanden. Die Behörden haben im Laufe der Zeit versucht, einen Teil dieses den Gerbern gehörenden Fonds für die Reichskasse nutzbar zu machen, und zu diesem Behufe Verhandlungen mit dem Zentralverein der Deutschen Lederindustrie geführt, die zunächst die Ueberweisung von 50 Prozent an die Reichskasse, 25 Prozent an die Gerber und 25 Prozent für gemeinnützige Zwecke der Lederindustrie vorsahen. Dieser Vorschlag, den die Leitung des Zentralvereins befürwortete, fand nicht die Billigung der Mehrheit der Gerber, die selbst über den ihnen gehörenden Fonds verfügen wollten. Nachdem der Prozeßweg beschritten war, ist es nunmehr zu einem Vergleich gekommen. Außer Zinsen und Zinseszinsen für die Zeit vom 1. Mai 1915 bis 30. September 1920 erhält jede Firma, die dem Vergleich zugestimmt hat, von der ihr zustehenden Summe einen Teilbetrag von 30 Prozent. Das Reich erhält 20 Prozent von 17 Millionen. Der Rest ist für das Forschungsinstitut für die Lederindustrie bestimmt.

Aktionärgewinne. Die Generalversammlung der Vereinigten Schuhfabriken Berneis Wessels-A.-G. setzte die Dividende auf 18 Prozent für 15 Millionen Mark Aktien der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken und auf 7,5 Prozent für die mit fünf Zwölftel am Jahresgewinn beteiligten restlichen Aktien fest. Das Unternehmen hat einen Reingewinn von 4 862 498 Mk. erzielt. Der Fonds für Rohmaterialien und Waren beträgt 38,6 Millionen Mark. Das Stammwerk des Unternehmens in Nürnberg am Aufseßplatz wurde um 4,75 Millionen Mark an eine Tochtergesellschaft der Bingwerke Nürnberg verkauft. Dieser Betrieb wird in der Ulmenstraße in einem Neubau weitergeführt werden

Vom Häute- und Ledermarkt. Am deutschen Häuteauktionsmarkt hat sich eine Befestigung in der Preistendenz für bessere Großviehhäute vollzogen. Schon die Ende der Woche in Kassel abgehaltene Mitteldeutsche Auktion verlief weit angeregter, als die Berliner Auktion und wies bei weitem nicht mehr solch prozentual hohe Preisrückgänge wie diese auf; Frankfurt am Main und ganz besonders Nürnberg, wo beste Sorten sogar höhere Preise als im Februar erzielten, bekräftigten noch mehr die neue Preisrichtung, die man infolgedessen nicht als eine vorübergehende Erscheinung abtun kann. Daß von neuem eine Preissteigerung eintreten wird, ist nicht anzunehmen. Denn im Ausland, insbesondere in Frankreich, sind noch weitere Preisrückgänge eingetreten. In Holland sollen sich recht beträchtliche Posten Zahmhäute angesammelt haben, die auf den Markt drücken. Holländische Häute sind schon mit 20 Cent (etwa 4.50 Mark) per Pfund zu haben. An den deutschen Märkten stockt infolge der außenpolitischen Zwischenfälle das Geschäft fast vollständig. Die Absatzmöglichkeit nach den Ententeländern ist, solange die Lage nicht geklärt ist, ganz abgeschnitten. — Im Ledergeschäft sind die Umsätze stark zurückgegangen. Leichte Sohllebersorten und farbige Oberleder erzielten noch nennenswerte Umsätze, während die andere Ware wenig begehrt ist.

Besohlen luxussteuerpflichtiger Schuhe. Nach § 42 C der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz sind Schuhe aus oder in Verbindung mit gewissen Leder- oder Stoffarten luxussteuerpflichtig. Die Fachpresse vertritt den Standpunkt, daß das Besohlen solcher luxussteuerpflichtiger Schuhe und das Herstellen oder Geradmachen der Absätze daran luxussteuerfrei ist.

Große Schuhwarendiebstähle in Dresden. Große Schuhdiebstähle wurden in Radebeul und Klotzsche bei Dresden verübt. In Radebeul wurden 200 Paar Schuhe im Werte von 32 000 Mark, in Klotzsche 50 Paar im Werte von rund 12 000 Mark von den unbekannt gebliebenen Einbrechern erbeutet.

Die südslawische Schuhindustrie. In ganz Südslawien gibt es nur vier größere Schuhfabriken; zwei (Trzic und Laibach) liegen in Slowenien, je eine in der Batschka und im Banat. Die genannten Fabriken können den Bedarf des Landes bei weitem nicht decken. Ihre Gesamterzeugung bewegt sich, dem „Jugoslaw. Lloyd" zufolge, zwischen 1 200 000 bis 1 400 000 Paar im Jahre, was für eine Bevölkerung von 13 Millionen nicht ausreicht. Der größte Teil der südslawischen Schuherzeugung besteht in Arbeiterschuhen minderer Qualität. Der neue südslawische Handelsminister beabsichtigt, zum Schutze dieser Industrie einen Einfuhrzoll von 200 Dinar für jedes Paar Schuhe zu erheben. Ein solcher Schutz würde aber eine Ausbeutung der Bevölkerung zugunsten einiger Fabrikanten bedeuten.

Drohende Verschärfung der Arbeitslosigkeit in Tuttlingen?

Aus Tuttlingen wird uns geschrieben:

Die Lösung des Arbeitslosenproblems ist in der kapitalistischen Wirtschaftsweise in befriedigender Art nicht zu erreichen. Denn der Kapitalismus ist nicht in der Lage, und er unternimmt es auch gar nicht, jedermann die Beschäftigung zu garantieren. Erst der Sieg des sozialen Gedankens und der Revolution kann das Uebel der Arbeitslosigkeit beseitigen. Aber bis zu diesem Siege der Arbeiterklasse über den Kapitalismus können die Arbeitslosen nicht warten, denn sie wollen auch leben und haben deshalb Existenzmittel nötig. Auf zukünftige Hilfe können sie sich jetzt nicht verlassen, sie können nicht auf die wirtschaftliche Umwandlung warten, sondern sie müssen jetzt schon in die Lage gestellt werden, ihre Existenz zu halten. Sind sie erst einmal ins krasse Elend, in die Gosse hinabgestoßen, gibt es kein Halten mehr. Die Folge wird sein, die sittliche Verrohung nimmt zu, die Verbrechen mehren sich erschreckend und nicht zuletzt landen Teile dieser Klasse bei der Konterrevolution und kämpfen in der Verzweiflung gegen ihre eigenen Klassengenossen. Angesichts solcher Tatsachen sollte man glauben, daß alle Bevölkerungsschichten und -Klassen ein Interesse daran hätten, darauf hinzuwirken, diesen kultur-hemmenden Zustand (Menschen wollen arbeiten, wollen Werte schaffen und — dürfen nicht) zu beseitigen. Aber weit gefehlt. Obwohl das schöne Wort „nur Arbeit kann uns retten" immer noch so viel im Munde geführt wird, womit man aber bei der heutigen Wirtschaftsanarchie keinen Hund mehr vom Ofen lockt und obwohl in den Kommunen, Landes- und Reichsparlamenten diese Materie wiederholt Gegenstand von Beratungen waren, ist dabei nichts oder doch nur Unzulängliches dabei herausgekommen.

Es sei hier nur daran erinnert, wie im Reichstag kurz nach seinem Zusammentritt am 26. Juni 1920 die USP. einen Antrag stellte, der die Not der Erwerbslosen lindern sollte. Es hat bis zum 4. August gedauert, bevor dieser wirkliche Notstandsantrag zur Verhandlung kam, und zwar ausgerechnet zwei Tage vor den Ferien wurde die ganze Sache durchgepeitscht, der Erfolg war gleich Null. Der ganzen Materie wurde im Volkswirtschaftlichen Ausschuß ein unrühmliches Begräbnis zuteil. Eines soll hier nicht unerwähnt bleiben, was den Tiefstand der bürgerlichen Moral kennzeichnet. Bei der Debatte über den erwähnten Antrag blieb es dem Volksparteiler Professor Moldenbauer aus Köln vorbehalten, die Arbeitslosen zu beschimpfen. Die Arbeitslosen, sagte er, werden zu Faulenzern erzogen durch die hohen Unterstützungen. Mit einer Frechheit und Schamlosigkeit bezeichnet er die Arbeitslosenunterstützung als Existenz-Verbesserung, auf die sich die Verheiratung gründen lasse, wobei er das Produkt eines Witzblattes zitierte: Ein junger Mann sagte zu seinem Mädchen: Marie, wir können heiraten, ich habe meine Stellung aufgegeben und werde Arbeitsloser. Tiefer kann ein Mann der Wissenschaft nicht mehr sinken.

Auch im württembergischen Landtage war in letzter Zeit die Erwerbslosenfrage der Gegenstand von Verhandlungen. Auch dort haben die bürgerlichen Vertreter versagt. Ueber allgemeine Redensarten kam man auch dort nicht hinaus. Man klammerte sich in der Hauptsache an die „produktive" Erwerbslosenunterstützung. Aber bei unserer traurigen Wirtschaftslage, der Geldentwertung, der miserablen Finanzlage der größeren Städte und Gemeinden kann sich die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht auswirken. Auf der anderen Seite wird das Heer der Erwerbslosen von Tag zu Tag größer und zieht der Verelendungsprozeß innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenschaft immer größere Kreise. Von besonderer Schädigung für die hiesige Arbeiterschaft, sowie für das Geschäftsleben im allgemeinen dürfte die drohende Krise in der Schuhindustrie werden. Schon im vorigen Jahre hatten wir am Ort eine Anzahl wochenlang stillgelegter Betriebe und 800 Erwerbslose. Diesmal dürfte die Zahl und Dauer der Erwerbslosigkeit noch größer werden, wenn nicht bald ein besserer Geschäftsgang einsetzt. Die Aussichten hierfür sind sehr trübe, gehen doch jetzt schon einige Unternehmer daran, die Arbeitszeit zu verkürzen, ohne die gesetzliche Meldepflicht einzuhalten, und entlassen schon teilweise die Arbeiter. Es kommt noch hinzu, daß heute zumeist bessere Artikel in Schuhzeug verlangt werden, am Orte aber in der Hauptsache, mit einigen Ausnahmen, mittlere und Stapelartikel angefertigt werden.

Wenn also in Bälde keine Besserung eintritt, werden wir bald mit beiden Füßen mitten in der Wirtschaftskrise stehen. Die Folge wird sein, daß die Massen der Arbeiter, die heute doch nur von der Hand in den Mund leben, noch mehr dem Elend anheimfallen, als es bisher schon der Fall war. Die in Frage kommenden Behörden müssen alles daransetzen, diesem Elend vorzubeugen. Das städtische Arbeitsamt kann in dieser Hinsicht allein nicht durchgreifen, da ihm zu enge Grenzen gezogen sind, und wenn es schon Vorbeugungsmaßnahmen treffen will, sind es nicht zuletzt die Unternehmer, die sich darum nicht kümmern, sondern auch die ministeriellen Verfügungen stehen dem im Wege. Es läßt sich eben ein solches Problem, das den jeweiligen wirtschaftlichen Schwankungen unterworfen ist, nicht in tote Buchstaben oder starre Paragraphen fassen. Hier können nur die Praxis und die jeweiligen Verhältnisse am Orte maßgebend sein, was aber leider am grünen Tisch wenig berücksichtigt wird. Ein typisches Beispiel hierfür! Im Herbst 1920 wurden vom Reich mehrere Millionen genehmigt und an die Einzelstaaten entsprechend der Zahl der Erwerbslosen verteilt, um allen denen, die vor dem 18. September 1920 mindestens acht Wochen ununterbrochen Unterstützung bezogen haben, eine einmalige Herbstbeihilfe bis zur Höhe von 300 Mark zu gewähren. Auf eine diesbezügliche Anfrage beim württembergischen Arbeitsministerium vom 21. Dezember 1920 erteilte das Ministerium die Antwort, daß die fraglichen Bestimmungen seit 15. Dezember 1920 beim Oberamt Tuttlingen liegen. Heute haben wir März 1921 und noch ist unseres Wissens keine diesbezügliche Bekanntmachung seitens des Oberamts erfolgt, trotzdem auch am hiesigen Orte solche Unterstützungsberechtigte sind. Und wie verhält es sich mit den Unterstützungssätzen? Das Oberamt setzte vom 1. November 1920 bis 31. März 1921 für über 21jährige männliche Personen sieben Mark pro Tag fest, außerdem an Familienzuschlägen für Ehegatten und Kinder unter 16 Jahren je 3,25 Mark, an sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 2,25 Mark; im günstigsten Falle pro Tag 21 Mark, gleichgültig wie hoch die Kinderzahl der Familie ist. Kann man mit diesem Betrag in jetziger Zeit auch nur den dürftigsten Hunger stillen, das nackte Leben fristen? Hier muß doch jeder sagen: Nein! Stuttgart hat am 15. Februar 1921 die Erwerbslosenunterstützungen pro Tag auf 20 Mark festgesetzt und dazu noch Familienzuschläge in Höhe von 3 bis 4 Mark. Und Tuttlingen?

In der letzten Gemeinderatssitzung vom 10. März ds. Js. gab Herr Oberbürgermeister Scherer bekannt, daß sämtliche hiesigen Schuhfabrikanten die vorgeschriebene gesetzliche Meldepflicht betreffs Einschränkung der Arbeitszeit unterm 26. Februar beim Demobilmachungsausschuß betätigt haben. Wenn es soweit kommt, haben wir mit einer größeren Arbeitslosigkeit am Orte zu rechnen. Dabei bemerkte der Stadtvorstand, daß die jetzt geltenden Unterstützungssätze auch weiterhin bestehen bleiben, obwohl dieselben nur bis 31. März festgesetzt sind. Was aber sagten unsere Arbeitervertreter? Obwohl zu dieser Sache unendlich viel zu sagen wäre, brachten die Herren kein Wort über ihre Lippen. Auch der kommunistische Hecht im rechtssozialistischen Karpfenteich blieb stumm. Anscheinend war den Herren gar nicht bekannt, wie hoch die Unterstützungssätze eigentlich sind. Wie so häufig war auch hier wieder einmal der Geist dieser Herren sehr schwach. Nur an der gesamten Arbeiterschaft selbst wird es liegen, dieser für sie so wichtigen Frage mehr Beachtung zu schenken und sich damit zu beschäftigen, bevor es auch hier wieder zu spät ist. Hier kann man keinem in weiter Ferne liegenden Phantom nachjagen. Aber auch der Umstand, wenn Teile der Arbeiterschaft glauben, jetzt noch Beschäftigung zu haben, brauchen sie sich nicht darum zu kümmern, zeugt nicht vom Solidaritätsgefühl.

Das Schicksal schreitet schnell einher und wer heute noch Arbeit hat, den kann morgen schon das gleiche Los treffen, ohne Arbeit zu sein. Deshalb ist die Erwerbslosenfrage mehr noch eine Frage der zurzeit noch Beschäftigten und kann nur durch deren tatkräftiges Eingreifen behoben werden.

Darum, Arbeiter aller Berufe, Augen auf! Euer Todfeind ist und bleibt das Kapital. Dies zu zermürben und aus den Angeln zu heben, muß euer höchstes Ziel sein.

Tuttlingen. **Fr. Lorenz.**

Reaktionärer Wind in Pirmasens.

In allen Ländern herrscht zurzeit Massenarbeitslosigkeit und im Gefolge davon eine zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse. Das Ueberangebot an Arbeitskräften gestattet dem Unternehmer sorgfältige Auswahl, bringt den Arbeiter in völlige Abhängigkeit vom Wohlwollen desselben. Der Selbsterhaltungstrieb kann, wenn die Verelendung einen gewissen Grad erreicht hat, leicht die Macht gewinnen über das Solidaritätsgefühl und den Arbeiter veranlassen, sich billiger anzubieten als üblich, seinen Arbeitskollegen Schmutzkonkurrenz zu machen. Diese Tatsache war bisher eine Begleiterscheinung aller Krisen. Das Kapital hatte denn auch immer ein gewisses Interesse an einer starken industriellen Reservearmee. Der Kollektivvertrag zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden sollte hier ordnend eingreifen und kann auch tatsächlich geeignet sein, die schlimmsten Auswüchse bisheriger Wirtschaftserschütterungen zu verhindern. Aber die Praxis hat gelehrt, daß trotz Tarifverträgen immer noch Verhältnisse eintreten können, die mächtiger sind als alle Verträge. So müssen wir mit Staunen wahrnehmen, daß sich die Fälle, wo unter dem gesetzlichen Tariflohn gearbeitet wird, ganz auffallend mehren.

Eine ganz beträchtliche Zahl von Fabrikanten kann der Versuchung, aus der gegenwärtigen Situation Vorteil zu ziehen, trotz Tarifvertrag, nicht widerstehen. Sie nehmen nicht nur Arbeiter an, die sich billiger anbieten, sie stellen meistens nur Arbeiter ein, wenn sie sich bereit erklären, billiger zu arbeiten. Um sich vor eventuellen späteren Unannehmlichkeiten zu schützen, lassen sie sich entweder unterschriftlich das Einverständnis erklären, oder aber sie schreiben den richtigen Lohn ins Buch, zahlen aber im Einverständnis mit dem Arbeiter weniger aus. Diese Manipulationen lassen sich besonders leicht vornehmen mit Arbeitern, die man aus allen Ecken der Pfalz zusammengeholt hat. Diese Leute arbeiten nicht nur billiger, sie versorgen auch noch ihren Chef mit den notwendigen Bedürfnissen für die Küche: Eier, Butter, Mehl, Obst usw. Versuche, diese Leute, die es zum größten Teil gar nicht notwendig hätten, anderen die Arbeit wegzunehmen, auf Grund der Verordnung über Freimachung von Arbeitsplätzen hinauszubringen, sind an dem Widerstand der Fabrikanten vollständig gescheitert. Sie protestierten in einer Flut von Briefen, man wolle diese Leute zur Entlassung bringen, weil sie unorganisiert seien. Das sind sie allerdings zum Ueberfluß auch noch. Aber es muß doch jedem vernünftigen Menschen einleuchten, daß, wenn in einer Stadt 2000 Menschen arbeitslos sind und es gibt eine Möglichkeit, dieselben durch Entlassung solcher, die gar nicht auf die Arbeit angewiesen sind, unterzubringen, daß es Pflicht ist, zuzufassen. Es besteht aber wenig Aussicht, durch den Demobilmachungsausschuß etwas Positives gegen diese „nützlichen" Elemente zu erreichen.

Die Arbeiterschaft hätte es in der Hand, hier Ordnung zu schaffen, aber durch die Masse der Kleinbetriebe ist es sehr erschwert, einen erfolgversprechenden Widerstand zu organisieren. Wo Betriebsräte bestehen, die auch gewürdigt werden, läßt sich manches tun. In sehr vielen Betrieben gibt es aber gar keine Betriebsräte und wo solche bestehen, werden sie meistens nicht anerkannt und umgangen. Man wird fragen, ja wie das möglich? Einfach dadurch, weil die Zahl der Betriebe so groß ist, daß eine strenge Kontrolle gar nicht möglich ist, weil es an der nötigen Zahl von Vertrauensleuten mangelt, die die Kontrolle ausüben könnten. Daß wir zu diesen Verhältnissen noch den schönen Schlichtungsausschuß in Zweibrücken haben, macht das Bild erst vollständig. Nach der bisherigen Praxis dieses Schlichtungsausschusses mußte das Vertrauen der Arbeiter vollständig verloren gehen. Die Folge ist natürlich eine große Zurückhaltung der tüchtigsten Arbeiter bei den Betriebsratswahlen. Unter solchen Umständen will niemand Betriebsrat sein. Es handelt sich bei diesen Firmen natürlich um solche, die auch das ganze Jahr das Gewerbegericht und die Tarifkommission bevölkern. — Wir brauchen nur die Namen Seibel, Linn, Föckler, Zimpfer, Nikolaus, Karl Jung, Buchholz, Leroux zu nennen, so haben wir so recht eine Auswahl derjenigen, die uns durch Unnahbarkeit, Dickfelligkeit und Herrenmenschentum mehr Schwierigkeiten machen, als alle anderen zusammen.

Ein schärfster Kritik fordernder Zustand ist auch der gegenwärtig grassierende Ueberstundenunfug. Auf der einen Seite liegen Tausende arbeitslos auf der Straße, auf der anderen Seite werden Ueberstunden gemacht, bis in die tiefe Nacht. In Fällen, wo feststand, daß Arbeiter eingestellt werden könnten, und wo sich die Arbeiter weigerten, zu arbeiten, ist man einfach zu Entlassungen geschritten. Vor dem Schlichtungsausschuß und dem Demobilmachungskommissar fürchtet man sich nicht. —

Die Entlassungen sind gegenwärtig überhaupt an der Tagesordnung, wie noch nie. Trotzdem, daß allgemein auf Qualitätsware gedrängt wird, was ja selbstverständlich ist, hält man aber auch an der bisherigen Galoppleistung fest, was natürlich sich nicht miteinander vereinbaren läßt. Das Unmögliche soll nun erzwungen werden durch Entlassungen. Ueber dieses Kapitel wird in einem späteren Artikel noch mehr zu berichten sein. Aber das eine kann schon heute gesagt werden, daß die Pirmasenser Arbeiter bisher große Geduld bewiesen haben. Damit ist aber nicht gesagt, daß dies nun immer so bleiben muß. Die Erbitterung ist sehr groß. Wenn die Machenschaften so weiter gehen, können auch die gemütlichsten Menschen einmal ungeduldig werden und zur Selbsthilfe greifen! Darauf möchten wir die Herren Fabrikanten ganz besonders aufmerksam machen. —

Unseren Kollegen rufen wir zu, wahrt strengste Solidarität, sie ist in diesem Moment notwendiger als je, unterrichtet uns sorgfältigst über alle Vorgänge in den einzelnen Betrieben, besucht die Versammlungen, tut eure Pflicht in der Ausbreitung und dem Ausbau der Organisation. Je fester der Zusammenhalt, desto leichter die Abwehr der übermütigen und reaktionären Machenschaften der Pirmasenser Fabrikanten.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Forst-Lausitz. Die hiesigen Schuhmachermeister Tarifgegner. Die hiesige Ortsverwaltung hatte laut Beschluß einer Versammlung am 28. Februar den Tarif gekündigt. Nach dem Tarif betrugen die Stundenlöhne bisher 3,23, 3,78 und 4,16 Mark; der durchschnittliche Wochenverdienst der Akkordarbeiter bei 47stündiger Arbeitszeit 165 Mark. Gefordert wurden Stundenlöhne von 4,75, 5,— und 5,25 Mark; als Akkordgrundstundenlohn 5 Mark. Um den Akkordlohn eines Stückes (es wird mit wenigen Ausnahmen nur im Akkord gearbeitet) berechnen zu können, waren im Tarifentwurf Durchschnittsarbeitszeiten vorgesehen. Die Arbeitgeber lehnten in einem Schreiben nicht nur die Forderungen, sondern auch jedes weitere tarifliche Verhältnis ab. Wir wollen der Kollegenschaft, insbesondere den Schoßarbeitern, das geistreiche und stilvolle Produkt des Antwortschreibens nicht vorenthalten. Es lautet (wortgetreu):

„Forst, den 3. März 1921.

An den
Centralverband der Schuhmacher Deutschlands, Zahlstelle Forst.

Die am heutigen Abend im Restaurant Reichshallen stattgefundene Sitzung der Arbeitgeber im Schuhmachergewerbe, beschloß einstimmig, die gestellten Forderungen betr. Lohnerhöhung (Abschluß eines neuen Tarifvertrages ab 1. 4. 21) abzulehnen. Wir begründen unseren ablehnenden Standpunkt mit dem allgemeinen Abbau und der z. Zeit hier herrschenden wirtschaftlichen Niederlage der Industrie. Außerdem sind wir der Meinung mit einem höher stellen unserer Preise, die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe zu erhöhen. Wir sehen den Tarifvertrag ab 1. 4. 21. für erledigt an und erklären, an später daraus evtl. abzuleitenden Forderungen nicht gebunden zu sein.

Ein Zitiren vor den Schlichtungsausschuß werden wir keine Folge leisten."

Die Lohnkommission der Schuhmacher-Zwangs-Innung Forst-Lausitz.

Paul Lehmann, Obermeister."

Da von einem allgemeinen Preisabbau nichts zu merken ist, scheint dieser wohl nur in der Phantasie der Schuhmachermeister vorhanden zu sein. Was ein tarifloses Verhältnis für die Kollegen bedeutet, dürfte dahingehend zu erläutern sein, daß neben Verlust von wichtigen Errungenschaften der neuen Zeit (Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, Stellung des Werkzeuges durch die Arbeitgeber usw.) die Bezahlung nach Willkür wie früher in wilhelminischen Zeiten erfolgen würde. Also ein Abbau der Löhne auf der ganzen Linie. Kollegen! Wollt Ihr das? Nein und nimmermehr, das dürfen wir nicht zulassen! Die Organisation wird alles versuchen, um auf gütlichem Wege das gesteckte Ziel zu erreichen, den Lohn der Kollegen tariflich und den Lebensverhältnissen entsprechend zu regulieren. Zunächst ist der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeitgeber sich bei den Verhandlungen laut ihrer Erklärung drücken werden. Sollte eine friedliche Verständigung nicht möglich sein, so wird die Organisation den Kampf aufnehmen und zu führen wissen. An unsere Mitglieder, insbesondere an die in den Fabriken beschäftigten, richten wir das Ersuchen, die Versammlungen besser und pünktlicher zu besuchen. Es ist beschämend und muß hier offen ausgesprochen werden, daß von den Fabrikarbeitern (5 männlichen und 18 weiblichen) in den beiden letzten Versammlungen nur je ein männlicher anwesend waren, so daß ohne die Schäftarbeiter Versammlungen direkt unmöglich sind. Zeigt also mehr Interesse für Eure Sache, damit die Ortsverwaltung die bisherige Arbeitsfreudigkeit behält und nicht auch noch interesselos wird, was sich an den Mitgliedern selbst, ob Fabrik- wie Schäftarbeiter, schwer rächen würde.

•

Berlin. Achtung! Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie! Die Ausbeutung der Arbeiterschaft hat einen Grad erreicht, der kaum noch überboten werden kann. Die Möglichkeit, noch mehr Profite aus dem erwachsenen Teil der arbeitenden Massen herauszuholen, ist einfach undenkbar, da die Arbeiter am Ende ihrer Kräfte angelangt sind und da die Vorbedingung für die Reproduktion der verausgabten Kräfte fehlt. Mit umso mehr Nachdruck wirft sich das profitlüsterne Unternehmertum auf die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte, wohl wissend, daß die jungen Leute nicht die gleiche Widerstandskraft gegen überspannte Zumutungen aufbringen und somit bei diesen die Ausbeutungsmöglichkeit leichter fällt. Das Unternehmertum nimmt keine Rücksicht auf die physischen Erfordernisse, die für das gesunde Wachstum und eine günstige körperliche Entwicklung der jungen Leute die Vorbedingung bilden. Ohne alle Bedenken wird mit der Arbeitskraft direkt Raubbau getrieben.

Bisher ist von unserer Gewerkschaft und deren Vertretern nicht überall der Jugendfrage die Aufmerksamkeit und Sorgfalt geschenkt worden, die im Interesse der Jugend als auch der gesamten Arbeiterschaft notwendig ist, was unbedingt für die Zukunft wieder gut gemacht werden muß, indem sich die älteren Kollegen und besonders die Vertrauensleute und Betriebsräte mehr um die jugendlichen Kollegen kümmern müssen. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß die jugendlichen Arbeitskräfte in einer Weise ausgebeutet werden, die jeder Beschreibung spottet, die nicht möglich wäre, wenn die Betriebsräte sich in dem nötigen Umfange um die Interessen der Jugendlichen kümmern, und darauf achten würden, daß diesen wenigstens die tariflichen Löhne gezahlt werden. Darüber hinaus muß die Jugend erzogen werden und in die Lage versetzt werden, ihre direkten Interessen selbst zu vertreten. Es sollen hier einige Beispiele angeführt werden, wie rigoros und unsozial ein Teil der Unternehmer die Ausbeutung der Jugendlichen betreibt und selbst vor offenen Tarifbrüchen nicht zurückschreckt. Am 18. Januar dieses Jahres mußte vor der Bezirkstarifkommission für die Schuhindustrie, Sitz Berlin, gegen eine Firma eine Klage eingereicht werden, lautend auf 718,79 Mark als Nachzahlung der tariflichen Mindestsätze für eine jugendliche Arbeiterin. Die Firma erkannte die Forderung als zu Recht bestehend an und brachte dann die Summe zur Auszahlung. Am 25. März d. Js. mußte gegen die Firma Bulber, Brunnenstr. 70, eine Klage eingereicht werden für zwei jugendliche Arbeiterinnen für Forderungen in Höhe von 736,19 Mark und 338,54 Mark als Nachzahlung der tariflichen Mindestsätze. Die Firma wurde verurteilt, die tariflichen Sätze an die beiden Arbeiterinnen zu zahlen. Hieraus ist zu ersehen, daß ein Teil der Unternehmer sich nicht schämt, die Widerstandslosigkeit und Unkenntnis Jugendlicher sich zunutze zu machen, um Extraprofite für sich herauszuschlagen, worüber man sich nicht zu wundern braucht, denn Scham war von jeher die schwache Seite der Unternehmer. Aber immerhin sind ab und zu solche Feststellungen nötig.

Die Beschäftigung der Jugendlichen hat in der Schuhindustrie einen ziemlich großen Umfang angenommen. In 56 Berliner Schuhfabriken mit einer Gesamtbeschäftigungsziffer von 3455 Arbeitskräften werden zurzeit 382 jugendliche Personen unter 18 Jahren beschäftigt. Also einen ganz gewaltigen Prozentsatz aller Beschäftigten stellen die Jugendlichen, ein Beweis dafür, daß der Jugendbewegung innerhalb unserer Gewerkschaft größere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Aber auch die Jugend selbst muß Hand ans Werk legen und soweit möglich, ihre Interessen selbst, das heißt im Rahmen der Gesamtarbeiterschaft, vertreten. Es ist notwendig, daß sich die Jugendlichen eine eigene Interessenvertretung schaffen, indem sie sich in allen Betrieben einen Vertrauensmann wählen, der in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat die Interessen der Jugendlichen vertritt. Ferner wären in den größeren Zahlstellen Jugendsektionen zu bilden und regelmäßig Versammlungen für die Jugendlichen abzuhalten. Die Berliner Zahlstelle hat, zwar reichlich spät, aber noch nicht zu spät, mit der Schulung der Jugendlichen begonnen. Am 24. Februar fand eine Versammlung der Jugendlichen statt, in der ein Referat über den Aufbau der Jugendbewegung auf gewerkschaftlicher Grundlage gegeben wurde. Gleichzeitig wurde die provisorische Wahl einer Kommission vorgenommen, der die Leitung der Jugendsektion übertragen werden soll. Diese Kommission entsendet einen Vertreter in das Jugendkartell. Das Jugendkartell hat die Interessen der Gesamtheit des Jugendproletariats zu vertreten und hat in seiner ersten Sitzung ein Arbeitsprogramm angenommen, nach dem es zu arbeiten gedenkt.

Auf dem so vorgezeichneten Wege wollen wir in Berlin die Jugend für die gewerkschaftlichen Fragen interessieren und sie zu Klassenkämpfern erziehen. Die Mithilfe der älteren Kollegen ist unbedingt notwendig und wir erwarten deren rege Anteilnahme an der Jugendbewegung. Alle Vertrauensleute unserer Gewerkschaft werden aufgefordert, die Jugendlichen ihrer Betriebe zu der am 14. April in den Köpenicker Festsälen, Köpenicker Straße 127a, stattfindende Versammlung aufmerksam zu machen und zu bewirken, daß sie dort erscheinen.

Verbands-Nachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 27. März bis 2. April der 14. Wochenbeitrag fällig ist.

•

Einsendung von Geld betreffend.

Um Unannehmlichkeiten zu vermeiden und einen besseren Verkehr zu ermöglichen, ersuchen wir unsere Ortsverwaltungen, die Gelder, die für die Hauptkasse bestimmt sind, entweder an die Mitteldeutsche Creditbank Zweigstelle Nürnberg überweisen zu lassen, oder auf unser Postscheckkonto Postscheckamt Nürnberg Nr 3333 einzuzahlen. Es ist dabei stets anzugeben, für welches Quartal die betreffenden Beträge bestimmt sind.

Bei kleineren Beträgen, die per Postanweisungen eingesandt werden, ist stets anzugeben, für was die Beträge bestimmt sind.

•

Genehmigung von Extrabeiträgen.

Vom Zentralvorstand wurden gemäß § 6 Abs. 1 des Statuts folgende Extrabeiträge in der nachfolgend angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle:	Beginn	Wöchentl. Extrabeitrag in Pfennig				Gesamtbeitrag pro Woche in Mark			
		1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Dresden	1. April	100	100	50	50	4.50	3.75	2.50	1.50
Eschwege	1. „	50	25	20	—	4.—	3.—	2.20	1.—
Flensburg	1. Febr.	80	25	20	20	3.80	3.—	2.20	1.20
Kamenz	1. April	25	25	25	25	3.75	3.—	2.25	1.25
Leipzig	15. Woche	50	50	50	—	4.—	3.25	2.50	1.—
Mittweida	1. April	50	50	30	—	4.—	3.25	2.30	1.—
Neugersdorf	1. „	50	50	50	50	4.—	3.25	2.50	1.50
Seifhennersdorf	1. „	25	25	—	—	3.75	3.—	2.—	1.—

Ferner wurde der Zahlstelle **Hamburg** die Genehmigung erteilt, für den Monat März einen **einmaligen** Lokalbeitrag von 2 Mk von den männlichen Mitgliedern und 1 Mk. von den weiblichen Mitgliedern zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des Paragraph 8 Absatz a nach sich zieht.

Nürnberg, den 25. März 1921. **Der Vorstand.**

Versammlungs-Kalender.

Die Mitglieder werden ersucht, jede Versammlung pünktlich zu besuchen.

Mitgliederversammlungen finden statt:

Sonntag, 3. April:

Hirschberg, vormittags 9 Uhr, im Gasthof zum Hochstein, Markt 23.
Lörrach, vormittags halb 10 Uhr, im Gasthof zur „Palme“, Palmstraße.

Montag, 4. April:

Augsburg, abends, in der Gesellschaftsbrauerei, Georgengasse (Schäftschuhm.)
Bremerhaven, abends, im Verkehrslokal.
Bremen, abends halb 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Faulenstraße 58.
Crefeld, jeden ersten Montag im Monat, abends halb 7 Uhr, im „Volkshaus“.
Dortmund, abends 8 Uhr, bei Wilh. Wolf, Oswaldstraße 17.
Durlach, nach Geschäftsschluß, im Gasthaus zur Schwane.
Duisburg, abends ½8 Uhr, bei Menke, Klosterstraße 39.
Fürstenwalde, abends, im Lokal „Wilhelmshöhe“, Gartenstraße.
Gießen, abends, im Verkehrslokal.
Glatz, abends 7 Uhr, im Lokal „Bürgerliches Brauhaus“, Baderbergstraße.
Gleiwitz, abends 7 Uhr, im „Frenchütz“, Bahnhofstraße 16.
Görlitz, abends, im Restaurant „Union“, Langenstraße.
Guben, abends, in Dörfflings Bierstuben, Crossener Mauer.
Halle a. d. S., abends 8 Uhr, in „Willsdorffs Gesellschaftshaus“, Karlstr. 14.
Hannover, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Nicolaistraße 7.
Hartha, abends 8 Uhr, im „Forsthaus“.
Heidelberg, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Artushof).
Kiel, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Konstanz, abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Helvetia“.
Liegnitz, abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4.
Mainz, abends, im „Goldenen Pflug“, Pfandhausgasse (Schäftarbeiter).
Meldorf, abends 8 Uhr, in der „Zentralherberge“, Süderstraße.
Rienburg, abends 7 Uhr, im Lokal H. Haenkel, Hintere Straße.
Oschatz, abends halb 8 Uhr, in der „Garaube“, Breite Straße 13 (Vierteljahresversammlung).
Sebnitz, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“, Zimmer 8.
Sonthofen, abends 7 Uhr, im Lokal zum „Engel“.
Spandau, abends halb 8 Uhr, bei Reis, Neumeisterstr. 6 (Diskutierabend).
Straubing, abends, im Verkehrslokal.
Waldheim, abends, im „Schweizertal“.
Weißwasser, nachm. 5 Uhr, im Lokal „Germania“, Muskauer Straße 7.
Zwönitz, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Roß.

Dienstag, 5. April:

Allenstein, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“, Jägerstraße.
Frankfurt a. M., abends, im Gewerkschaftshaus (Schäftarbeiter).
Lübeck, abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannesstraße 50.
Minden, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus Tonhalle, Tonhallenstraße.

Mittwoch, 6. April:

Emden, abends 8 Uhr, in Garrels Klubhaus.
Frickenhausen, abends, im Gasthaus zum „Löwen“.
Schneverdingen, abends, bei Gastwirt Heinr. Loose.

Donnerstag, 7. April:

Berlin, abends halb 7 Uhr, im Lokal „Musiker Säle“, Kaiser Wilhelmstr. 31 (Branchenversammlung der Schäftarbeiter).

Freitag, 8. April:

Bernau, im Verkehrslokal.

Samstag, 9. April:

Preetz, abends 8 Uhr, im Lokal von Götting, Gasstraße.
Roßwein, abends 8 Uhr, im Lokal „Deutschen Haus“, Kreuzplatz.

Montag, 11. April:

Augsburg, abends, in der Gesellschaftsbrauerei, Georgengasse.
Düsseldorf, abends, im Verkehrslokal.
Eßlingen, abends 7 Uhr, im Lokal „Schwarzes Roß“.
Freiburg i. Br., abends 8 Uhr, in der „Stadt Sedan“, Moltkestraße.
Hannover (Sektion Stepper), halb 8 Uhr, im „Bäckeramtshaus“, Herschelstr.
Halberstadt, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause.
Karlsruhe, abends 8 Uhr, im „Schildbürger“, Baumeisterstraße 16.
Mittweida, abends halb 8 Uhr, im „Rosengarten“.
Riesa, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“, Goethestraße.
Strausberg, im Verkehrslokal.

Dienstag, 12. April:

Kirn a. d. N., Betriebsversammlung.
Wittenberg, abends halb 8 Uhr, im Lokal „Zur Einigkeit“, Töpferstr. 1.

Literarisches.

Ein neues Lehrbuch für das Modellschneiden. Vom Fachverlag Chr. Pfersdorf in Nürnberg, Wiesenstraße 151, gelangt soeben ein neues Fach-Lehrbuch zum Versand. Mit der Leistenkopie beginnend, ist der Werdegang des Schaftmodells in allen Linien und Stufen geschildert und ist es an Hand des Lehrbuchs jedem Kollegen in kurzer Zeit möglich, sich im Modellieren einzuarbeiten. Das sehr einfache System ist schon in weiten Kreisen der Kollegen durch die Fachabende, die sein Verfasser an den verschiedensten Orten bereits abhielt, bekannt. An Hand des Buches ist aber auch jedem die Gelegenheit geboten, in kurzer Zeit sich selbst auszubilden. Bezugspreis des Werkes mit Leistenkopie und Kurvenlineal gegen Voreinsendung oder per Nachnahme Mk. 60.—.

In der Buchhandlung „Vorwärts“ Berlin SW 68 erschien:
Die deutsche Volkswirtschaft. Von A. Gradnauer und Rob. Schmidt. Preis geb. Mk. 16.—, broschiert Mk. 12.—. Das Buch dürfte in seiner volkstümlichen und sachverständigen Schreibweise als Einführung in das Wesen unserer Volkswirtschaft in Arbeiterkreisen reges Interesse finden.

Wilhelm als Diplomat. Von Dr. Adolf Köster. Preis Mk. 1.50.

Die preußischen Wahlgesetze. Eingeleitet und erklärt von Paul Hirsch. Preis Mk. 7.50.

Im Verlage der „Freiheit“ Berlin C 2, Breite Str. 8/9 erschien:
Agrarfrage und Sozialismus. Von Alexander Stein. Preis Mk. 2.50. Die die sozialistische Agrarpolitik behandelnde Schrift, die mit reichhaltigem Tatsachenmaterial versehen ist, wird besonders auch für die in der Landagitation tätigen Genossen von Nutzen sein.

Proletarierjugend und Theater. Von Gerhard Seger. Preis Mk. 2.50 (Schrift 2 der Sammlung „Proletarische Jugend“). Jugendorganisationen erhalten bei größerem Bezug Preisermäßigung.

Ein buntes proletarisches Skizzenbuch. Von Max Dortu. Preis kartoniert Mk. 7.—. Ein Bändchen Gedichte und Prosaskizzen, das einen Ueberblick über Dortu's Schaffen ermöglicht. Aus dem Werkchen seien besonders die Gedichte „Sechs Bronzestatuetten“ (Jean Jaurès, Kurt Eisner, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Gustav Landauer, Eugen Leviné) hervorgehoben.

Schwedische Messer
Fabrik C. A. Bergs. Eskilstuna.
Unübertroffene Qualität.
Marke Haifisch.
Schuhmachermesser, gerade oder gebogen, 15, 17, 22, 24 mm breit pro Stück Mk. 6.50
Zuschneidemesser, von 6 mm an pro Stück Mk. 6.25
Versand gegen Nachnahme.
Ferner großes Lager in Spezialwerkzeugen und Brenngeräten für feinste Maßarbeiten.
Preisliste gratis und franko.
Eug. Vögtle, Berlin N. 54,
Lothringer Straße 83.

H. Franke's vereinfachte Kolonnenbuchführung (sogen. amerik.) speziell für Schuhmacherei und Schuhhandel. Genaue Abschlüsse für Steuern und Bilanz. Preis 4.50 u. 25 Proz. Zuschlag.
H. Franke's Normalleisten u. Schaftmaßtabellen mit erläuterndem Text in Buchform geheftet. Preis 1.50 u. 25 Proz. Zuschlag.
Neue Versandlisten üb. Bücher, Hilfswerkzeuge u. Modelliermaterialien sendet franco H. Franke, Artern 17. Postscheckkonto 2067 Erfurt.

Betriebsräteschule
Schriftliche Lehrkurse in praktischer Anordnung. Gleichzeitig Nachschlage- und Auskunftswerk. Keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich. Verlangen Sie ausführlichen Prospekt von der Parteibuchhandlung.

Vorzugs-Angebot
für Mitgl. des „Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands“.
Die echt indigoblauen und grünen
Berufs-Schürzen
mit Kreuzband od. ausgeschnittener Form liefert in prima Qualität zu Vorzugspreisen à Mk. 23.— an obige Mitglieder.
A. C. Volz, Berufsschürzen-Fabrikation
Stuttgart, Moltkestr. 77, Tel. 2355
Bestellungen durch die Zahlstellen erb.
Einzelversand Nachnahme.

1 Handzwicker
suchen per sofort
Gebrüder Kropf,
Windischeschenbach (Oberpfalz).

Geübter
Sohlen- u. Absatzglaser
gesucht.
Hermann Löser, Rochlitz i. Sa.

Das Modellierbuch
„System Pfersdorf“
welches von ersten Autoritäten anerkannt, ist erschienen und kann im
Fach-Verlag Christian Pfersdorf
Nürnberg, Wiesenstraße Nr. 151
um den Preis von Mk. 60.— bezogen werden. Ein jeder, der im Besitze dieses Buches ist, kann mit dem Modellieren sofort beginnen.

Ein tüchtiger, erstklassiger
Damenarbeiter
(Spezialist in Holzabsätzen)
gegen hohen Lohn sofort gesucht.
Jean Saint-Eve, Metz
Rue des Clercs.

Ein tüchtiger
Zuschneider
der Leisten machen und steppen kann
gegen hohen Lohn sofort gesucht.
Jean Saint-Eve, Metz
Rue des Clercs.

Rheinische Schuhfabrik
für weiße Stoffsachen sucht einen tüchtigen, zuverlässigen
Vorarbeiter
welcher mit allen vorkommenden Arbeiten der Bodenabteilung unbedingt bestens vertraut ist und in weißen Sachen nachweisbar erfolgreich tätig war. Bei zufriedenstellender Leistung wird Meisterstelle in bestimmte Aussicht gestellt. — Angebote mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit und Zeugnisabschriften unter „B 13“ an die Geschäftsstelle d. Zeitung erbeten.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5
überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Wer sucht?
Bezugsquellen für
Stanzabfälle
laufend jedes Quantum lieferbar, schöner beschnittener Stanz mit viel Kern, sauber sortiert, mit Mk. 4.— per Pfd. — Proben von 9 Kg. per Nachnahme, von 25 Kg. ab per Eilgutnachnahme.
D. Potok, Leder en gros
Karlsruhe i. Bad.

Unserem wert. Koll. Otto Hoffmann und seiner lieben Braut zu der am 26. März stattgefundenen grünen Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche!
Die Zahlstelle Forst-Lausitz.

Unliebsam verspätet!
Unserem Koll. Heinrich Reineke und seiner lieben Braut Emilie Bilker zu ihrer am 20. März stattgefundenen grünen Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Hess. Oldendorf.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Druck: „Sozialdemokrat“ G. m. b. H. Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Essenweinstraße 1.